



Gemeinderat streitet über Hitzeschutzplan der Grünen

Von Gerd Kloos

Hitzig ging es bei der letzten Gemeinderatssitzung zu – wobei wir gleich beim Thema wären: Es ging um den Hitzeschutz für die nächsten Sommer. Und die, so die Sprecherin der Grünen, Karin Casaretto, werden noch heißer als der letzte Rekordsommer. Deshalb stellte die Grünen-Fraktion einen Hitzeschutzplan vor, der den Herrschingerinnen und gerne auch den Herrschingern Erleichterung bei 40-plus-Tagen bringen soll. In der heißen Debatte aber welkte der Plan dahin: Die SPD, die sich eigentlich für die Grünen-Ideen erwärmt hatte, distanzierte sich dann wieder (Wolfgang Schneider: „Hatte mir den Plan vorher nicht so genau angesehen“), und der Bürgermeister samt CSU-Fraktion waren aus Kostengründen ohnehin gegen die Initiative. Die Grünen zogen den Antrag deshalb vor der Abstimmung zurück und versprachen eine überarbeitete Version.

Der Grünen-Antrag sah vor, dass die Gemeinde bis Mai 2027 einen kommunalen Hitzeschutzplan vorlegt. Die ersten Maßnahmen sollten ohne größere Investitionen möglich sein, weil die Gemeinde kein Geld für „freiwillige Leistungen“ hat.

- Insbesondere Kindergärten, Schulen und Senioreneinrichtungen sollten – in der Regel durch neue Bäume – verschattet werden. Außerdem werden „Raumkühlungsmaßnahmen“, also Klimaanlage, vorgeschlagen.
- Bei der Ortsgestaltung sollte der Hitzeschutz mitgedacht werden – zum Beispiel durch das Schwammstadt-Prinzip. Dazu gehören: Regenwasserspeicherung, Zisternen, Dachbegrünungen, Baumpflanzungen und Entsiegelungen.
- Das Wissen der Gemeindeverwaltung und der Gemeinderatsmitglieder soll gebündelt werden.

Die Grünsprecherin beklagte in ihrem Vorstellungs-Statement, dass in der Gemeindeverwaltung niemand für den Umwelt- und Hitzeschutz zuständig sei. Sie schwieg sich aber darüber aus, wer denn dann den geforderten Hitzeschutzplan in der Verwaltung ausarbeiten sollte.

„Wir haben viele Hilfen, um über heiße Sommer zu kommen“

Obwohl die SPD-Fraktion im Vorfeld zugesichert hatte, den Hitzeschutzplan zu unterstützen, distanzierte sich Wolfgang Schneider von dem Grünenantrag. Er habe sich den Plan vorher nicht genau angesehen.

Außerdem sei ihm der Plan zu sehr KI-generiert. „Wir haben in Herrsching viele Hilfen, um über einen heißen Sommer hinwegzukommen“, sagte Schneider.

Die Sprecherin der Bürgergemeinschaft Herrsching, Christiane Gruber, entgegnete, dass es um die Kinder in der Schule gehe, die an heißen Tagen nicht mehr lernen können. Seefeld, so Gruber, habe inzwischen beschlossen, die Südseiten der Schulen zu beschatten.

„Die Gemeinde ist nicht verantwortlich für Bürger, die ein zu warmes Büro haben.“

CSU-Sprecher Thomas Bader brachte grundsätzliche Bedenken vor: „Die Gemeinde ist nicht verantwortlich für Bürger, die ein zu warmes Büro haben.“ Er befürworte aber konkrete Einzelmaßnahmen und nicht „aufgeblasene Pläne, die uns nur weitere Probleme bereiten.“ Linken-Gemeinderat Max Grieshuber betonte, dass es darum gehe, möglichst viele Informationen über intelligenten Hitzeschutz zu sammeln. Hannelore Doch (CSU) wies darauf hin, dass das Johanniter-Altenheim ein Hitzeschutzkonzept habe. Außerdem regte sie an, an der Promenade statt eines Minigolfplatzes lieber Bäume zu pflanzen.

Bei Hitze beten – in der kühlen Kirche

Bürgermeister Schiller ging die Diskussion sichtlich gegen den Strich – er müsse jetzt mal was zurecht ziehen, denn Herrsching habe bereits einen Hitzeschutzplan auf der Website veröffentlicht. Darin finden sich so wertvolle Tipps wie der Rat, schattige Rückzugsorte zu nutzen, oder körperliche Anstrengungen auf die Morgen- und Abendstunden zu verlegen. Außerdem gebe es eine kostenfreie Trinkwasserversorgung an den Brunnen am Bahnhof, im Kurpark und am Rathaus. Und schließlich seien die Kirchen auch schattige Rückzugsorte.

Geradezu angefasst wirkte Schiller, als es um die Kosten für den Grünen-Plan ging. „Die Gemeinde muss alle freiwilligen Leistungen aus haushalterischen Gründen zurückführen“, sagte er. Dadurch spare man auch Personalausgaben. „Man kann nicht durch die Hintertür wieder freiwillige Leistungen einführen.“ Er regte noch an, über die konkreten Vorschläge des Seniorenbeirats zu sprechen, der Schatteninseln und öffentliche Toiletten im Gewerbegebiet angeregt hatte.

Anschließend kreuzten der Bürgermeister und die BGH-Sprecherin Gruber die Klingen. Ihre Fraktionskollegin und Lehrerin Susanne Hänel wies auf die im Hitzesommer unerträglichen Zustände in den Schulen hin. „Auf der Treppe spürte man, dass mit jeder Treppenstufe die Hitze schlimmer wurde“, sagte sie. Und mit Blick auf den neugestalteten Schulhof, der rund eine Million Euro kostete, kritisierte sie, dass da viele Bäume gefällt worden seien. Die CSU-Rätin Christina Reich vermutete hinter dem Plan der Grünen einen Baumschutz durch die Hintertür. Fraktionskollegin May-Britt Stumbaum schlug dann einen Ausweg aus der erbittert geführten Debatte vor und regte an, den Hitzeschutzplan der Grünen noch einmal zu überarbeiten. Die grüne Fraktion nahm dieses Angebot dann wohl dankbar an und zog den Plan zurück. Er wird mutmaßlich in veränderter Form wiederkommen.

Category

1. BilddesTages

Date

05/10/2026

Date Created

05/10/2026